

Katja Gentinetta, Politikphilosophin

«Demokratie ist mehr als nur die Macht des Volkes»

Die Schweiz habe ein Interesse an den kritisierten «fremden Richtern», sagt die Philosophin Katja Gentinetta.

Interview: Bernhard Ott

Frau Gentinetta, der Bundesrat gibt sich zehn Monate Zeit für ein Abkommen mit der EU. Kommt es zustande, ist es gut. Wenn nicht, ist es auch gut. Ist das nicht nonchalant? Die Schweiz will sich nicht unter Druck setzen lassen. Das ist richtig. Solange sie jedoch gegenüber der EU eigene Interessen hat – wie zum Beispiel alte und neue Marktzugangsabkommen – ist sie unter Druck.

Der neue Staatssekretär Roberto Balzaretto soll «neue Ansätze der Streitbeilegung» suchen, die innenpolitisch abgestützt sind. Das dürfte fast unmöglich sein. Botschafter Balzaretto kennt die EU, ihre Institutionen und ihre Mechanismen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für seine neue Funktion. Meines Erachtens muss es nun aber zuerst darum gehen,

„Druckversuche der EU hatte ich schon viel früher erwartet.“

genauer zu definieren, was mit «bestmöglichem Marktzugang» und «grösstmöglicher Eigenständigkeit» gemeint ist. Erst wenn diese Ziele klar sind, kann die Strategie folgen.

Die Kritiker eines neuen Abkommens sagen, der Schweiz sei es seit dem EWR-Nein 1992 gut gegangen. Dem war so, weil die Schweiz die Bilateralen aushandeln konnte.

Diese sind nun durch die Begrenzungsinitiative gefährdet? Mit dieser Initiative setzt die SVP die bilateralen Verträge bewusst aufs Spiel – deutlicher als mit der Masseneinwanderungsinitiative. Allerdings spricht sie es noch immer nicht ganz offen an.

Christoph Blocher ist aber doch ein global tätiger Unternehmer. Dieser Widerspruch ist mir ein Rätsel. Die wirtschaftliche Offenheit ist ein grosses Asset für den Wohlstand in der Schweiz. Es ist fahrlässig, sie aufzugeben.

Sie schreiben in Ihrem neuen Buch, das Rezept der SVP laute «Demagogie statt Demokratie». Ist die SVP antidemokratisch? In Bezug auf die SVP-Politik bei den bilateralen Verträgen trifft das nicht zu. Mehr Sorgen macht mir aber die Selbstbestimmungsinitiative der SVP, die Landesrecht vor Völkerrecht setzen will. Diese Initiative ist im Kern antidemokratisch, sofern man der Meinung ist, Demokratie und Rechtsstaat gehören zusammen. Sie ist auch antidemokratisch, weil sie mit den Menschenrechten etwa auch den Minderheitenschutz infrage stellt.

Die SVP sagt, das Völkerrecht dürfe nicht dem Willen der Mehrheit übergeordnet werden. Das klingt verführerisch. Aber ein wesentliches Element jeder Demokratie ist die Machtbegrenzung. Durch die Gewaltenteilung kontrollieren sich die verschiedenen Institutionen gegenseitig, der Rechtsstaat garantiert die Grundrechte der Individuen. Diese Prinzipien begrenzen auch die Macht der Mehrheit.

Demokratie ist mehr als nur die Macht des Volkes.

Kann die SVP die Demokratie mit einer Lawine von Initiativen aushebeln?

Sie reizt damit das System zumindest aus. Aber das ist ihr gutes Recht – wie es auch das Recht jeder anderen Partei ist. Dennoch ist sowohl aus der Logik wie auch aus der Geschichte klar, dass Volksinitiativen nicht eingeführt wurden, um Mehrheitsparteien eine grössere Öffentlichkeit zu verschaffen. Sie wurden vielmehr geschaffen, um Minderheitsinteressen einzubringen, die von den regierenden Parteien eben gerade nicht berücksichtigt wurden.

Alexis de Tocqueville (1805-1859) hat einst in den USA eine «Tyrannei der Mehrheit» konstatiert. In Ihrem neuen Buch «Worum es im Kern geht» sehen Sie Parallelen. Tocqueville wollte bei seiner Reise durch die USA erfahren, was eine Demokratie zur Folge hat. Eine seiner Feststellungen war, dass diese zu einer Dynamik in der Meinungsbildung führen kann, die Minderheitsmeinungen ab einem gewissen Punkt kaum mehr zulässt. Die deutsche Soziologin Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) hat dies später als «Schweigespirale» beschrieben: Die Mehrheitsmeinung dominiert in der Öffentlichkeit derart, dass die Minderheit irgendwann zum Schluss kommt, es sei besser zu schweigen.

Kann man das heute beobachten? Ja. Im Rahmen eines Buchprojekts habe ich mit einer Kollegin zahlreiche Gespräche mit Wirtschaftsführern in der Schweiz geführt, in denen sie sich für die Bilateralen und für ein geordnetes, klares und stabiles Verhältnis zur EU aussprechen. Aber sie wollen mit dieser Meinung nicht an die Öffentlichkeit treten, weil sie befürchten, in der Minderheit zu sein.

Der SVP unterstellen Sie, sie übe eine «Tyrannei der Minderheit» aus. Mit dieser Initiative setzt die SVP die bilateralen Verträge bewusst aufs Spiel – deutlicher als mit der Masseneinwanderungsinitiative. Allerdings spricht sie es noch immer nicht ganz offen an.

Sie meinen die Mitte-Parteien? Keine der anderen Parteien hat sich entschieden an die Europa-Frage gewagt.

Wollen Sie denn fremde Richter? Das Bild der fremden Richter ist problematisch. Seitdem die EU Gesetze für den Binnenmarkt macht, vollzieht die Schweiz diese Gesetze «autonom» nach, weil sie an diesem Markt teilhaben und dabei Rechtssicherheit will. Der Europäische Gerichtshof ist dafür zuständig, die einheitliche Auslegung dieser Gesetze zu garantieren. Wenn die Schweiz einen verlässlichen Rahmen in den Beziehungen zur EU will, muss sie auch ein Interesse daran haben, dass das Gesetz für alle gleich durchgesetzt wird – auch zu ihrem eigenen Schutz.

Über den Jahreswechsel gab es gegenseitige Druckversuche zwischen der EU und der Schweiz. Was ist da geschehen? Druckversuche dieser Art seitens der EU hatte ich eigentlich schon viel früher erwartet.

Da spielt der Brexit eine Rolle: Die EU kann der Schweiz nicht etwas gewähren, das sie GB nicht gewährt. Das ist sicher ein wichtiger Punkt. In jedem Fall und unabhängig vom Brexit aber gilt: Verhandlungen sind immer ein



Foto: Reto Oeschger

Geben und Nehmen. In zahlreichen Bürgergesprächen in der ganzen Schweiz haben wir zwei sehr unterschiedliche Vorstellungen über das Verhältnis Schweiz-EU gehört. Die einen sehen es als «Spiel», das man gewinnen oder verlieren kann. Die anderen sehen das Verhältnis als «Verhandlung» - verbunden mit dem Bewusstsein, dass nur erhält, wer auch bereit ist, etwas zu geben. Bezogen auf die fremden Richter bedeutet dies: Es geht letztlich nicht darum, ob die Schweiz fremde Richter akzeptieren will oder nicht. Die Frage ist, welchen Preis die Schweiz zu zahlen bereit ist, um auf fremde Richter zu verzichten beziehungsweise, was ihr fremde Richter wert sind. Ist das ein Ende der Bilateralen wert oder nicht?

Der deutsche Aussenminister Sigmar Gabriel sagte jüngst, wir lebten in einer Ära der Konkurrenz zwischen demokratischen und autoritären Staaten. Konkurrenz belebt doch das Geschäft? Das ist an sich richtig. Der Reiz autokratischer Regierungen liegt in deren Entschiedenheit, Effizienz und Planbarkeit. Es gibt daher auch in liberalen Demokratien bisweilen die Versuchung, den Umgang mit den neuen Herausforderungen einfach zu delegieren.

Rein kapitalistisch betrachtet ist China das bessere System als die liberale Demokratie: Es schafft rascher mehr Wohlstand. Im Aufholprozess der letzten Jahrzehnte hat China gezeigt, dass dies zu schaffen ist. Hingegen ist der Preis für diese Effizienz die individuelle Freiheit.

Die sachlichen Argumente werden über die Propaganda siegen? Als politische Philosophin muss ich das zumindest für möglich halten.

Wie kann das Vertrauen in den Staat bei den Bürgern der Schweiz und denen der EU-Mitgliedsstaaten zurückgewonnen werden? Angesichts der verschiedenen Krisen der letzten Jahre möchten die Bürgerinnen und Bürger in erster Linie wieder feststellen können, dass der Staat

„Putin hat eine klare Strategie und setzt diese auch um.“

Herr der Lage sein kann, wenn er will. In der EU liegt der Fokus weniger auf wirtschaftspolitischen Regulierungen als auf einer gemeinsamen oder zumindest verlässlichen Sicherheits- und Aussenpolitik.

Wie kommen Sie darauf? Ich denke an die Migration, den Terror, an Wladimir Putin und Donald Trump.

Das sind aber doch nicht die grossen Probleme, wie es zum Beispiel das Wohlstandsgefälle zwischen den europäischen Staaten darstellt? Auch daran arbeitet die EU. Die konjunkturellen Aussichten sind gut. Die Einebnung dieser Gefälle bedürfte eines Finanzausgleichs, wie wir ihn in der Schweiz kennen. Der lässt sich aber bis auf Weiteres nicht realisieren. Eine zentrale Aufgabe der EU bleibt es aber, eine starke Stimme neben den USA, China und Russland zu sein.

Da wirkt Europa schwach. Weil unterschiedliche Auffassungen herrschen und es seine Kräfte nicht bündeln kann, ist es kein ebenbürtiger Player. Europa kann sich sicherheitspolitisch nicht mehr einfach auf die Nato und damit auf die USA verlassen. Seit dem letzten Weltkrieg war diese Frage noch nie akut. Hier sehe ich eine grosse Herausforderung.

Was sollte Europa denn tun? Es geht um die Frage, ob Europa in einer Zeit, in der Interessen wieder verstärkt mit Macht durchgesetzt werden, als Player ernst genommen wird. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass etwa der russische Präsident Wladimir Putin eine klare Strategie hat und diese auch umsetzt.

Soll man die baltischen Staaten verteidigen? Die Balten wären vermutlich froh, wenn sie sich in diesem Punkt auf ein geeintes und starkes Europa verlassen könnten. Ich bin keine Militär-Expertein, aber ich finde es erstaunlich, wie rasch diese Fragen wieder aufs Tapet gekommen sind.

Braucht es eine europäische Armee? Das weiss ich nicht. Die Militärausgaben sind insgesamt ja nicht tief, aber ohne Kooperation nur halb so viel wert.

Die gesammelten Samstagsinterviews: samstagsinterviews.derbund.ch

Leitartikel Ein neuer bilateraler Deal mit der EU ist möglich. Falls Brüssel massvoll bleibt - und unsere Wirtschaft endlich sagt, was sie will. *Patrick Feuz*

Im dümmsten Fall wird die EU zur Komplizin der SVP

Das Bemühen des neuen Aussenministers, sich bildhaft auszudrücken, hat Tücken. Die von Ignazio Cassis schon früh verwendete Metapher vom «Reset-Knopf», den er in der Europapolitik drücken will, hat Missverständnisse ausgelöst - als ob im komplizierten Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ein Neustart möglich wäre.

Derselbe Cassis sagt aber auch Dinge, die gesagt werden müssen - und die bisher in dieser Klarheit und Lautstärke von Bundesräten viel zu selten zu hören waren. Dazu gehört, was er diese Woche nach einer Aussprache mit seinen Bundesratskollegen zu den nächsten Schritten in der Europapolitik sagte. Hoffentlich haben hiesige Wirtschaftsführer und die mithorchenden EU-Diplomaten begriffen, was Cassis meint.

Kein Selbstzweck

Das von der EU geforderte Rahmenabkommen, das innenpolitisch für hysterische Anspannung sorgt - dieses Abkommen wäre durchaus hilfreich; es könnte den Schweizer Zugang zum EU-Binnenmarkt absichern und den bilateralen Weg stabilisieren. Aber Inhalt und Preis müssen stimmen. Die neue cassis'sche Formel: Wenn das Abkommen dem Schweizer Ziel dient, den «bestmöglichen Marktzugang mit der grösstmöglichen Eigenständigkeit» zu erhalten, dann ist es in Ordnung. Sonst lassen wir es sein.

Propagandistisch erhebt Cassis damit den helvetischen Krämergeist zur Maxime für die weiteren Gespräche mit Brüssel. Das ist sachlich richtig und taktisch klug; vor allem zeugt es von Realitätssinn. Weil ein Rahmenabkommen den souveränitätspolitischen Spielraum der Schweiz weiter einengt, soll die EU im Gegenzug zusätzlichen Branchen den Marktzugang erlauben. Ausserdem braucht es Sicherungen zum Rahmenabkommen. Etwas die eindeutige Garantie, dass dieses Abkommen nicht als Vehikel dient, um den hiesigen Lohnschutz zu durchlöchern.

Die Mehrheit des Schweizer Stimmvolks ist europapolitisch unverkrampft, das haben die bisherigen Abstimmungen gezeigt. Stimmt der Preis, ist selbst ein Ja zum gegenwärtig noch nebulösen Rahmenabkommen möglich. Nur SVP-Ideologen und bedingungslose Öffnungsbefürworter verstehen Europapolitik als Drama

und Prinzipienfrage und wissen schon im Voraus, wie sie abstimmen.

Es geht um Handfestes

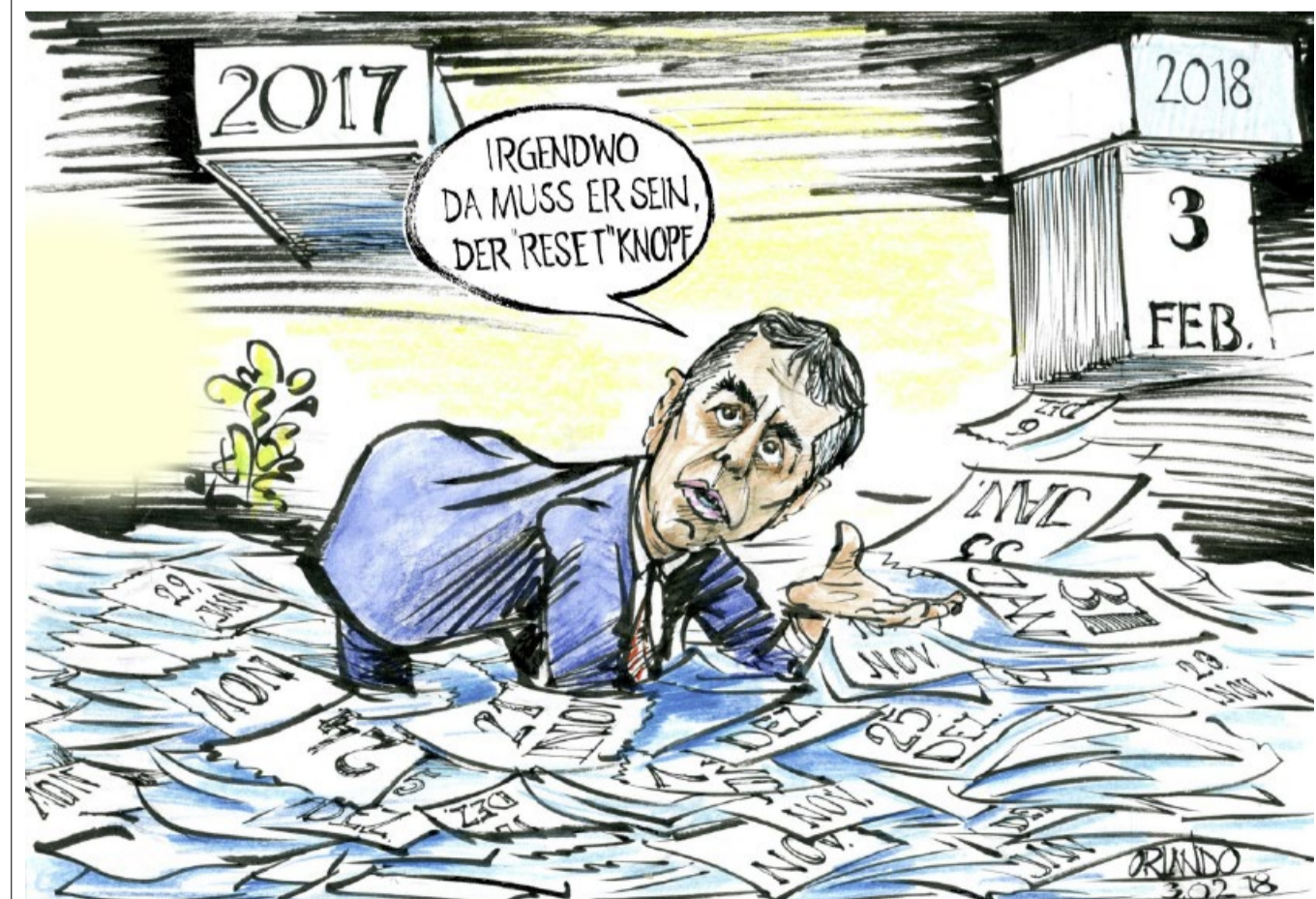
Aber im Moment, so hat man den Eindruck, sind Bern und Brüssel von einem dritten bilateralen Vertragspaket weit entfernt. Es tönt nach diplomatischer Höflichkeit und Selbstmotivation, wenn beide Seiten beteuern, einen Abschluss bis Ende Jahr anzustreben. Das Rahmenabkommen ist nur vordergründig ein alltagsfernere Juristenseminar über Streitschlichtung. Die Frage, welche Richter mitreden und welche Sanktionen zulässig sein sollen, wenn die Schweiz in der Lesart der EU das Binnenmarktrecht strapaziert oder verletzt - bei dieser Frage geht es in Tat und Wahrheit um Handfestes.

In der Praxis richten sich EU-Beschwerden meist gegen die Lohnschutzmassnahmen, welche die Schweiz eingeführt hat, um die Folgen der Personenfreizügigkeit zu dämpfen. Süddeutsche und französische Bauunternehmer wollen in der Schweiz ohne Auflagen jederzeit Aufträge ausführen und ihren Tieflohnvorteil auspielen. Heute müssen EU-Handwerker ihr Personal acht Tage vorher anmelden; so haben die Kantone Zeit zu kontrollieren, ob orts- und branchenübliche Löhne bezahlt werden. Zudem müssen ausländische Firmen eine Kaution zahlen, die allfällige Strafen und Unkosten decken soll. Beides, die 8-Tage-Regel und die Kau-

tionspflicht, möchten EU-Firmen loswerden. Auch der Europäische Gerichtshof hat das Prinzip «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort» schon relativiert. Ein Schweizer Lohnkartell, das Ausländer daran hindert, für weniger Geld ihre Arbeitskraft anzubieten: Für strenge Wettbewerbsfreunde mag das anstössig sein. Politisch ist der Fall hingegen klar: Ohne Lohnschutz keine Bilateralen - weil sonst Gewerkschaften und SP aussteigen.

«Wirtschaft soll endlich hinstehen. Zu sagen, was die Schweiz nicht will, ist das eine. Ebenso wichtig wäre jetzt das andere: zu sagen, was sie von der EU will. Ein Stromabkommen? Für das schweizerische Strombusiness wäre das mittelfristig entscheidend. Und sonst? Voller Marktzutritt für Schweizer Geldinstitute? Nicht einmal die Branche selber ist sich einig. Auch das macht den Job des Aussenministers momentan so schwierig: Wenn die Wirtschaft nicht bald geschlossen hinsteht und ihre Anliegen nachvollziehbar formuliert, dann gibt es am Schluss kein überzeugendes Gesamtpaket, das für eine erfolgreiche Abstimmung über Bilateralen III so wichtig wäre.»

Der «Reset-Knopf» existiert in der Europapolitik nicht. Der Pausenknopf aber schon. Ihn muss Cassis womöglich noch mehrmals drücken, bis der Moment reif ist, den grossen Schritt definitiv zu wagen.

Orlando

orlando.derbund.ch